



Presseschau vom 03.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Liudmila Kotlyarova: Nächster Schritt: Deutsche Wohnen und Co. „per Volksbegehren“ enteignen – Initiative hat Erfolg

Berlins Regierungschef Michael Müller (SPD) spricht sich zwar immer gegen die Enteignung von Wohnungskonzernen aus, doch die Befürworter des Wohnens als Grundbedürfnis geben nicht auf. Mit ihrer Forderung „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ haben die Aktivisten am vergangenen Wochenende weitere Unterschriften gesammelt. ...

<https://snanews.de/20210302/deutsche-wohnen-enteignen-initiative-1113722.html>

deu.belta.by: Andrejtschenko: Soziale Unterstützung ist nationale Marke von Belarus

Soziale Unterstützung vom Staat ist und bleibt das Markenzeichen der Republik Belarus. Das sagte der Vorsitzende der Repräsentantenkammer Wladimir Andrejtschenko bei einem Seminar zum Thema „Bürger- und Unternehmensanfragen. Gesetzgebung und Anwendungspraxis“. ...

<https://deu.belta.by/society/view/andrejtschenko-soziale-unterstutzung-ist-nationale-marke-von-belarus-56206-2021/>

de.rt.com: Wolfgang Thierse bietet Rücktritt aus der SPD an nach Kritik über Äußerungen zur Identitätspolitik

Die SPD-Spitze sucht die Nähe zur LGBTI-Community (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersex-Menschen). Positionen von langjährigen Funktionären wie Gesine

Schwan und Wolfgang Thierse werden als "rückwärtsgewandtes Bild der SPD" bezeichnet. Thierse hatte die Identitätspolitik hinterfragt und Begriffe wie "Kultur" und "Nation" geprägt.

...

<https://kurz.rt.com/2fv8>

Ilona Pfeffer: Weniger Jobs, mehr Kredite, höhere Mieten – Studierende in der Pandemie
Unter Corona-Bedingungen hat sich für die Studierenden hierzulande nicht nur der Lernalltag verändert. Für viele hat die Pandemie auch die finanzielle und die Lebenssituation insgesamt erheblich verschlechtert. ...

<https://snanews.de/20210303/studierende-in-der-pandemie-1129133.html>

abends/nachts:

snanews.de: **Wegen Übernahme von 27 Bootsmigranten: Italien nimmt Ermittlungen auf**

Das Schicksal von Bootsmigranten auf einem dänischen Tankschiff vor Malta hat im Spätsommer 2020 für Schlagzeilen gesorgt; jetzt ermittelt die italienische Justiz in dem Fall gegen vier Menschen aus dem Umfeld einer Hilfsorganisation, meldet die Deutsche Presse-Agentur am Dienstag.

Medienberichten zufolge untersucht die Staatsanwaltschaft von Ragusa auf Sizilien, ob es sich um einen Fall von Schlepperkriminalität handelt. Damals hatte das private italienische Hilfsschiff „Mare Jonio“ die Menschen von dem Handelsschiff der Reederei Maersk übernommen. Dafür soll, so der Verdacht, Geld geflossen sein.

„Wir wurden von den Behörden im Zusammenhang mit dieser Untersuchung nicht kontaktiert, sind aber jederzeit bereit zu helfen“, teilte das Unternehmen Maersk Tankers am Dienstag mit. Da die Ermittlungen liefen, gebe man keine weiteren Kommentare ab. Die Staatsanwaltschaft reagierte am Dienstag nicht auf Anfrage.

Die Nichtregierungsorganisation Mediterranea Saving Humans hatte bereits am Montag nach Angaben der Nachrichtenagentur Ansa ein Fehlverhalten bestritten.

Die 27 Bootsmigranten waren im September 2020 von dem Mediterranea-Schiff „Mare Jonio“ im sizilianischen Pozzallo an Land gebracht worden. Zuvor hatten die Menschen über einen Monat auf dem dänischen Tanker „Maersk Etienne“ vor Malta ausgeharrt.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/02/1115412_0:69:3072:1797_1280x0_80_0_0_5f83b5d9f71e71a9d7cb73de9e3d2bfa.jpg

snanews.de: **Deutsche Fregatte auf Route durch Südchinesisches Meer – Insider**

Eine Fregatte der deutschen Marine soll laut Insiderangaben als Teil eines Einsatzes in

asiatischen Gewässern auch das Südchinesische Meer befahren. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters am Dienstag.

Eine Durchquerung der umstrittenen Zwölf-Seemeilen-Zone sei dabei jedoch nicht beabsichtigt, verlautete aus Kreisen des Verteidigungsministeriums und des Auswärtigen Amtes gegenüber Reuters. Der Einsatz sei von August 2021 bis Ende Februar 2022 geplant und schließe eine mehrwöchige Beteiligung an der Überwachung der UN-Sanktionen gegen Nordkorea ein.

Spannungen um Südchinesisches Meer

Die ostasiatischen Länder China, Japan, Vietnam und die Philippinen stehen wegen der Seegrenzen und Verantwortungszonen im Süd- und Ostchinesischen Meer miteinander in Konflikt. China beansprucht 90 Prozent des ressourcenreichen Südchinesischen Meers, das jedoch auch Vietnam, Taiwan und den Philippinen zum Teil unter ihrer Hoheit sehen. Laut China machen sich Länder wie Vietnam und die Philippinen bewusst die Unterstützung der Vereinigten Staaten zunutze, um die Spannung in der Region anzuheizen.

Die USA sind der Ansicht, dass Peking künstliche Inseln baut, sie zu militärischen Objekten umfunktioniert und seine Territorialgewässer durch künstlich gewonnenes Land erweitert. Die Vereinigten Staaten pochen auf das Recht des freien Schiffsverkehrs in diesem Gebiet. China weist die vonseiten der USA lautgewordenen Vorwürfe zurück.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/02/1115357_0:90:1718:1056_1280x0_80_0_0_2c79687a066e1be870ae94fb5b16ec69.jpg

vormittags:

snanews.de: Munitionsschwund und Amnestie im KSK der Bundeswehr – FDP fordert Konsequenzen

Für die berüchtigten Vorfälle im Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr müssen nach Ansicht des FDP-Politikers Alexander Müller klare Verantwortlichkeiten festgelegt werden. Er nahm Bezug auf die Affäre im KSK, wobei scharfe Munition von Soldaten beiseite geschafft worden war und später von ihnen straffrei zurückgegeben werden durfte. Vertrauliche Berichte des Heeres aus dem Jahr 2020 über den Umgang mit Munition in der Spezialeinheit, die am Dienstag ans Parlament übermittelt wurden, zeigen auf, dass im Verband über Jahre hinweg bei der Munitionsbewirtschaftung systematisch gegen „geltende Vorschriften und Verfahren“ verstoßen worden sei. Zudem ist die Rede von „Schwarzbeständen“ an Munition, die regelmäßig aus Restbeständen von Schieß- und Ausbildungstrainings sowie Einsätzen aufgefüllt worden seien.

Die FDP werde im Verteidigungsausschuss des Bundestags nachfragen, wann die

Staatssekretäre im Verteidigungsministerium von einer Amnestie für die Abgabe von Munition erfahren haben, sagte Müller vor einer Sitzung des Gremiums am Mittwoch gegenüber der DPA.

„Die Offenlegung der Berichte des Heeres ist ein erster Schritt zu mehr Transparenz, aber viel wichtiger ist eine andere Frage“, so Müller. „Das Parlament hat den ganzen Sommer 2020 über den Verbleib verschwundener Munition und die Maßnahmen im KSK beraten.(...) Nun kommt im Februar 2021 zufällig durch eine Aussage vor Gericht heraus, dass es im KSK eine rechtlich fragwürdige Amnestie-Aktion gab, die ‚Operation Babyklappe‘.“

Parlament und Öffentlichkeit seien nicht vom Verteidigungsministerium informiert worden, so Müller. Die Ministerin gebe an, erst durch den Gerichtsprozess von der „Operation Babyklappe“ erfahren zu haben, doch sie habe weiter volles Vertrauen in ihren Generalinspekteur; das widerspreche sich, so Müller. „Entweder wurden ihr absichtlich Informationen vorenthalten, dann erzeugt dies massiven Vertrauensverlust – oder sie wusste mehr, als sie uns sagt.“

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und Vertreter der militärischen Führung wollen am Vormittag im Verteidigungsausschuss über den Stand der Aufklärung im KSK berichten und Fragen der Abgeordneten beantworten.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/16/256026_0:0:1920:1080_1280x0_80_0_0_83110786e3b57edf39cab828e10c1731.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 02. März 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snaneews.de: **Zehn Raketen eingeschlagen: Militärbasis im Irak unter Raketenbeschuss geraten**

Die in der irakischen Provinz al-Anbar liegende Ain Al Asad Airbase, auf der irakische und amerikanische Truppen stationiert sind, ist mit Raketen beschossen worden. Dies meldet am Mittwoch die Nachrichtenagentur INA unter Berufung auf eine Quelle.

„Die Ain Al Assad Basis ist heute laut vorläufigen Angaben mit zehn Raketen attackiert worden“, so die Quelle.

Die Sirenen ertönten, die Menschen konnten sich verstecken. Niemand soll verletzt worden sein.

Bislang gibt es keine weiteren Details.

Die USA hatten in der Nacht auf den 3. Januar 2020 bei einem Drohnenangriff in Bagdad den Kommandeur der Al-Quds-Eliteeinheit, General Qassem Soleimani, und den Vizechef der irakischen schiitischen Volksmiliz, Abu Mahdi al-Muhandis, samt mehreren Gefolgsleuten

ermordet.

Begründet wurde die Hinrichtung mit angeblich drohenden Attacken auf US-Bürger und Einrichtungen, die der General geplant haben soll. Beweise dafür wurden bislang aber nicht präsentiert.

Teheran führte eine Vergeltungsaktion für die Ermordung von Soleimani durch. Boden-Boden-Raketen wurden von iranischem Territorium aus auf den Stützpunkt Ain Al Asad (auch Ayn al-Asad) in der westirakischen Provinz Anbar sowie eine Militärbasis in der Provinz Erbil im Norden des Landes abgefeuert, wo US-Militärkontingente stationiert sind.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/03/1118420_0:296:3097:2038_1280x0_80_0_0_eb36a06345b19f2ca6550f61172822af.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 2. März 3:00 Uhr bis 3. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: automatische Granatwerfer – einmal (5 Granaten).

Richtung Mariupol: Mörser 82mm – dreimal (100 Mörsergeschosse).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Pantelejmonowka, Leninskoje.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 105.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snaneews.de: Über 200 Militärs an Bord: Deutschland schickt „Berlin“ für Embargo-Einsatz ins Mittelmeer

Deutschland plant Ende der Woche wieder ein Schiff für den EU-Einsatz zur Überwachung des Waffenembargos gegen Libyen ins Mittelmeer zu schicken.

Ein Sprecher der Marine bestätigte gegenüber DPA, dass sich an Bord der „Berlin“ circa 220 Soldatinnen und Soldaten befinden würden. Sie sollen Frachtschiffe kontrollieren, die im Mittelmeer in Richtung des Bürgerkriegslandes Libyen unterwegs sind.

Der Einsatzgruppenversorger „Berlin“ soll Medienberichten zufolge laut vorläufigen Planungen am Freitag um 16:00 Uhr von Wilhelmshaven auslaufen. Das über 170 Meter

lange Schiff wird Mitte des Monats im Einsatzgebiet erwartet.

Die Bundeswehr hatte sich im Zeitraum von August bis Dezember 2020 mit einem Schiff an der EU-Operation „Irin“ beteiligt.

Die Fregatte „Hamburg“ mit mehr als 200 deutschen Soldaten an Bord stoppte damals unter anderem einen Tanker, der illegal Kerosin nach Libyen bringen sollte. Für Aufsehen sorgte auch die Durchsuchung eines verdächtigen türkischen Containerschiffes im November. Sie musste wegen eines Vetos der türkischen Regierung abgebrochen werden und löste einen politischen Eklat aus.

Am 31. März 2020 hatte die Europäische Union die Einleitung des Marineeinsatzes „Irin“ zur Umsetzung des UN-Waffenembargos gegen Libyen angekündigt. Der EU-Einsatz wurde Anfang Mai gestartet. Die EU nutzt Satelliten und Luftüberwachungsgeräte, um illegale Waffenlieferungen über Land- und Luftgrenzen hinweg zu verfolgen. Das Mandat der „Irin“-Mission gilt bis zum 31. März 2021.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/03/1119337_0:125:1624:1039_1280x0_80_0_0_7a2b255666d8af5dc6a5f3e32341f714.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 3. März um 9:00 Uhr 3102 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 2633 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 272 Todesfälle.

snanews.de: **Ungarns Premier für Einsatz von Corona-Impfstoffen aus China und Russland**

Ungarn greift nach den Worten des Ministerpräsidenten Viktor Orban auf russischen Corona-Impfstoff zurück, weil die EU-Kommission bisher keine ausreichende Impfversorgung garantiert.

Die EU habe ihre Chance nicht wahrgenommen, die Europäer „schnell und effektiv“ mit Impfstoff zu versorgen, sagte Orban gegenüber der „Bild“-Zeitung (Mittwoch). „Deshalb muss ich gemäß unserer Verfassung zum Schutz meiner Bürger verantwortlich handeln.“

Ungarn unterstütze weiter die EU-Kommission, so Orban. „Aber wir erkennen auch: USA, Großbritannien, Israel, auch Serbien sind uns EU-Mitgliedern weit voraus. Deshalb suche ich für mein Land Impfstoff dort, wo er verfügbar ist, auch in China oder Russland, solange unsere Behörden die Wirkstoffe geprüft und freigegeben haben.“

Sputnik V war im August 2020 in Russland als weltweit erster Impfstoff für eine breite Anwendung in der Bevölkerung zugelassen worden. Die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) hat den Wirkstoff bislang nicht genehmigt.

Orban würdigte die Impfkultur Russlands und des östlichen Europas.

„Wir haben – mit sowjetischem Impfstoff – etwa Polio wesentlich früher ausgerottet als der Westen“, sagte er.

Leben zu retten sei wichtiger als politische Überlegungen, betonte Orban.

Während in Ungarn der russische Impfstoff Sputnik V angewendet wird, hat sich Orban selbst mit dem chinesischen Sinopharm-Vakzin impfen lassen. Bei Sinopharm hat Ungarn fünf Millionen Dosen geordert, von Sputnik V zwei Millionen Dosen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/1c/707387_0:160:3072:1888_1280x0_80_0_0_763bafd06ef514cb7c5d85b85d8ce722.jpg

Mzdnr.ru: Am 2. März wurden in der DVR 319 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 75 positiv, bei vier Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt. Am 3. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 24.634 Fälle von Coronavirusinfektion registriert.

5746 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 16.834 als gesund entlassen, es gibt 2054 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 71 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 12 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 53 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 865 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 446 mit Sauerstoffunterstützung (+13 in den letzten 24 Stunden).

de.rt.com: **Russische Fabrikaktivität verzeichnet schnellstes Wachstum seit zwei Jahren**

Die russische Wirtschaft scheint sich von der COVID-19-Pandemie zu erholen. Trotz schwieriger externer Nachfragebedingungen erholte sich die Beschäftigung im Februar, da das Wachstum von Produktion und die Auftragseingänge wieder anstiegen, wie Analysedaten zeigen.

Russlands verarbeitendes Gewerbe verzeichnete im Februar das schnellste Wachstum seit April 2019. Die Expansion wurde von einem robusten Produktions- und Auftragseingangswachstum gestützt. Das geht aus Umfragedaten hervor, die am Montag vom Analyseunternehmen IHS Markit veröffentlicht wurden.

Der Einkaufsmanagerindex (PMI) für den Sektor stieg im Februar auf 51,5 gegenüber 50,9 im Januar. Das Tempo des Rückgangs im Exportgeschäft verlangsamte sich den Berichten zufolge, aber die Aufträge blieben robust, während die Beschäftigung so stark wuchs wie seit über zwei Jahren nicht mehr. In dem Bericht heißt es:

"Russische Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes signalisieren weiterhin einen vielversprechenden Start in das Jahr 2021, da sich die Betriebsbedingungen den zweiten Monat in Folge verbessert haben. Das Wachstum von Produktion und Auftragseingängen

beschleunigte sich trotz schwieriger externer Nachfragebedingungen."

Das Geschäftsvertrauen kehrte auf das Niveau vor der COVID-19-Pandemie zurück und erreichte den höchsten Stand seit über einem Jahr.

"Lieferantenengpässe und gestiegene Transportkosten führten zu einem deutlichen Anstieg der Inputpreise. Die Unternehmen waren jedoch in der Lage, auf den schnellsten Anstieg der Kosten seit sechs Jahren zu reagieren", so der Bericht.

Allerdings sank die Leistung der Zulieferer mit dem schnellsten Tempo seit Mai 2020, da die Lieferzeiten für Vorprodukte länger dauerten. Grund waren hauptsächlich Verzögerungen bei der Lieferung und Lieferengpässe. Sian Jones, Ökonom bei IHS Markit, erklärte:

"Unsere aktuelle Prognose geht davon aus, dass die Industrieproduktion im Jahr 2021 um 4,1 Prozent steigen wird, da der Sektor versucht, sich von dem Rückgang im Jahr 2020 zu erholen."

Der PMI, ein Indikator für die wirtschaftliche Gesundheit eines Sektors, basiert auf Daten, die nach monatlichen Umfragen unter den Einkaufsmanagern von fast 300 Unternehmen zusammengestellt werden. Der Index stützt sich auf fünf Hauptindikatoren: Auftragseingänge, Lagerbestände, Produktion, Lieferantenzustellungen und das Beschäftigungsumfeld. Ein Wert über 50 bedeutet eine Expansion des Sektors auf monatlicher Basis, während ein Wert unter 50 eine Schrumpfung anzeigt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/603f4d85b480cc2cc531505a.jpg>

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die bewaffneten Formationen der Ukraine verletzen an den Tagen der Kontaktgruppensitzung weiter den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade von provisorischen Feuerpunkten unmittelbar in der Ortschaft Wodjanoje aus, sich hinter örtlichen Einwohnern gegen erwidertes Feuer in Deckung gebracht und auf Befehl des Brigadekommandeurs Gnatow mit 82mm-Mörsern **Leninskoje beschossen und 100 Mörsergeschosse abgefeuert.**

Zur Ermittlung der Umstände und Folgen des Beschusses ist eine operative Beobachtergruppe der Vertretung der DVR im GZKK an den Ort gefahren.

Der Verstoß wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU zu verhindern.

So schließen die Handlungen der ukrainischen Seite die Umsetzung der unterzeichneten Friedensvereinbarungen über eine allumfassenden Einhaltung des Regimes des Waffenstillstands aus. Die ukrainische militärisch-politische Führung hat ein weiteres Mal

ihre Unfähigkeit und ihren Unwillen demonstriert, einen Kurs der friedlichen Regelung des Bürgerkriegs zu verfolgen.

Im Zusammenhang mit dem Fehlen einer Reaktion der internationalen Beobachter auf den anhaltenden Beschuss von Ortschaften der Republik wurde den Einheiten der Volksmiliz zum Zweck der Verteidigung der Bevölkerung gegen den ukrainischen Terror die Genehmigung erteilt, vorbeugend das Feuer zur Unterdrückung und Vernichtung von Feuerpunkten des Gegners zu eröffnen.

Wir fordern von den ukrainischen Kämpfern, von Feuerprovokationen gegen unsere Republik, die auf ein Scheitern des Waffenstillstands gerichtet sind, Abstand zu nehmen, andernfalls behalten wir uns das Recht auf eine adäquate Antwort vor.

nachmittags:

snanews.de: **Orbans Fidesz-Partei verlässt die EVP-Fraktion**

Die zwölf Abgeordneten der ungarischen Fidesz-Partei verlassen die Fraktion der christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament. Das teilte Ungarns Ministerpräsident und Fidesz-Vorsitzender Viktor Orban am Mittwoch in einem Schreiben mit. Den Brief veröffentlichte die Fidesz-Vizechefin Katalin Novak auf ihrem Twitter-Account.

Hintergrund für den Schritt ist laut der Nachrichtenagentur Reuters offenbar ein seit langem schwelender Streit über Orbans Haltung zur Rechtstaatlichkeit. Seine Regierung steht in der Kritik wegen des Umgangs mit der Pressefreiheit, der Justiz und der Wissenschaft.

„Ich informiere Sie hiermit, dass die Fidesz-Europaabgeordneten ihre Mitgliedschaft in der EVP-Fraktion beenden“, schrieb Orban an EVP-Fraktionschef und den CSU-Politiker Manfred Weber.

Unmittelbar davor hatte der Verbund der Europäischen Volkspartei in einer Online-Sitzung mit der nötigen Mehrheit für eine Änderung der Geschäftsordnung gestimmt, so dass nicht mehr nur einzelne Abgeordnete, sondern ganze Länder-Delegationen wie etwa die Fidesz ausgeschlossen werden können.

Orban hatte bereits am letzten Sonntag in einem Brief an Weber damit gedroht, die Fidesz-Abgeordneten aus der Fraktion zurückzuziehen, sollte die Fraktion die neuen Regeln beschließen, melden Nachrichtenagenturen. Dies soll bei Abgeordneten Empörung ausgelöst haben.

Die Beendigung der Fidesz-Mitgliedschaft in der EVP-Fraktion setzt einen Schlusspunkt unter den jahrelangen Streit, den Orban mit den europäischen Christdemokraten ausgefochten hat, denen auch CDU und CSU angehören. Auf Parteiebene ist die Mitgliedschaft des Fidesz in der EVP bereits seit 2019 suspendiert, unter anderem wegen mutmaßlicher Verstöße gegen EU-Grundwerte sowie wegen Verbalattacken gegen den damaligen EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker.

Denkbar wäre in weiterer Folge nach der Einschätzung der Agentur DPA ein Wechsel der Fidesz-Abgeordneten zur rechtsnationalen EKR oder zur noch weiter rechts stehenden Gruppe ID im Parlament. Beides würde die Rechte stärken. Die EVP bliebe aber stärkste Fraktion.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/0f/163808_0:218:3105:1965_1280x0_80_0_0_a5bd563f2a68c8a691fb2ccdd8ecd666.jpg

Telegram-Kanal der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe: Die ukrainische Seite kann ohne die Schaffung von Problemen nicht auskommen – **Kiew lässt die Fahrzeuge des humanitären Konvois des UNHCR nicht zurückkehren.**

Während sie sich als eifrige Hüter der Normen des Völkerrechts darstellen, zeigt die Kiewer Regierung weiter ein klar destruktives Verhalten selbst in der Umsetzung der Verpflichtungen in Bezug auf internationale Missionen.

Am 1. März fuhr ein humanitärer Konvoi der UNHCR mit 11 Lastwagen auf das Territorium der Republik. Am 3. März fuhr dieser Konvoi nach der Entladung vom Territorium der LVR zurück auf das Territorium der Ukraine.

Die Ukraine lässt die leeren Lastwagen, die humanitäre Hilfe des UNHCR in die LVR geliefert haben, nicht zurück, sie stehen in der Grauen Zone am ukrainischen Schlagbaum an dem derzeit noch nicht in Betrieb befindlichen Passierpunkt „Lugansk-Stschastje“.

Olga Kobzewa, bevollmächtigte Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe der Kontaktgruppe

snaneews.de: **„Wir sind auf Ihrer Seite“ – EU-Ratspräsident macht nach Donbass-Besuch skurrile Ansagen an Moskau**

Laut dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, hat Russland „die positiven Schritte“ der Ukraine zur Verwirklichung der Minsker Vereinbarungen nicht erwidert.

Deshalb würden „unsere wirtschaftlichen Sanktionen“ in Kraft bleiben.

Michel hat am Dienstag zum ersten Mal die Demarkationslinie in der Ostukraine besucht. Im Kontrollpunkt Stschastje (oder Schtschastja auf Ukrainisch, auf Deutsch „Glück“) sprach der Europapolitiker von der „beschämenden Realität“, dass hier 2021 auf dem europäischen Kontinent Krieg herrsche und in dem Konflikt weiterhin Menschen sterben würden.

In Gesprächen mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski sowie Vertretern humanitärer Organisationen und des ukrainischen Militärs brachte Michel „das unerschütterliche Engagement der EU für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine“ zum Ausdruck. Die EU unterstütze mit allen verfügbaren Instrumenten die Bemühungen im Normandie-Format und die Trilaterale Kontaktgruppe, die vollständige Umsetzung der Minsker Abkommen sei der Weg zum Frieden. Er begrüße deshalb die wichtigen Schritte, die die Ukraine unter der Führung von Präsident Selenski in dieser Hinsicht unternommen habe.

Welche Schritte Michel damit meinte, sagte er nicht. Jedoch lobte er weiter die Bemühungen der Ukraine an der Demarkationslinie in enger Zusammenarbeit mit internationalen

Interessengruppen, die das tägliche Leben der Menschen verbessere. „Ich habe auch die Auswirkungen der direkten EU-Unterstützung hier in Schtschastja gesehen. Ein vollständiger Waffenstillstand, mehr Grenzübergänge und ein weiterer Abbau würden das Leben der Menschen auf beiden Seiten der Kontaktlinie weiter verbessern. Die EU ist bereit, diese Bemühungen zu unterstützen“, so Michel.

Russland dagegen habe leider „die positiven Schritte der Ukraine zur Umsetzung der Minsker Abkommen nicht erwidert“. Deshalb würden die EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland bleiben. „Russland ist Konfliktpartei und kein Vermittler“, legte der Belgier nach. Die EU erwarte, dass die OSZE-Sonderüberwachungsmission uneingeschränkten Zugang zu den Gebieten der Ukraine bekomme, die nicht von der Regierung kontrolliert werden. Die Pandemie sei kein Vorwand, um diese Regionen weiter von der Ukraine zu trennen. Die EU habe die Ukraine im erheblichen Maße unterstützt und fordere Russland außerdem auf, zum Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination zurückzukehren.

„Lassen Sie mich noch einmal sagen, Präsident Selenski: Die Menschen in der Ukraine sind nicht allein. Wir sind auf Ihrer Seite“, schließt er seine Ansprache.

EU als Vermittler?

Die Gespräche Michels mit Selenski laufen auch am heutigen Mittwoch, wobei auch die EU-Ukraine-Beziehungen diskutiert werden. Auch Selenski kritisierte, Russland habe zwar lange auf die Öffnung des Kontrollpunkts Schtschastja gedrungen, „aber jetzt blockiert es seine Arbeit, ähnlich wie den Kontrollpunkt Solote“. Internationale Organisationen hätten keinen freien Zugang zu den gefangenen Kämpfern.

Laut der Vertreterin der humanitären Untergruppe der Trilateralen Kontaktgruppe von der international nicht anerkannten Volksrepublik Lugansk, Olga Kobzewa, haben am 1. März gerade elf Fahrzeuge mit humanitärer UN-Hilfe den Kontrollpunkt Schtschastja passiert. Der Durchgang eines humanitären Konvois bringe aber nicht die Eröffnung des Kontrollpunktes für andere mit sich, so Kobzewa gegenüber Journalisten. Da die Arbeitsbedingungen und die technischen Parameter der Kontrollpunkte von der ukrainischen Seite immer noch nicht vereinbart worden seien, könne man auch nicht von der gleichzeitigen Eröffnung der beiden Kontrollpunkte sprechen. Am Dienstag beklagte Kobzewa noch, dass die ukrainische Seite bei dem Treffen der Kontaktgruppe den Verhandlungsprozess „mit unangemessener Rhetorik“ praktisch sabotiert habe. Michel waren diese Argumente offenbar nicht bekannt; schließlich war es auch nicht sein Ziel, mit der anderen Seite zu sprechen.

Neben der Ukraine besuchte Michel in diesen Tagen auch Moldawien und Georgien, um die bilateralen Beziehungen, den gemeinsamen Kampf gegen Covid-19 und die Zukunft der Östlichen Partnerschaft zu erörtern.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/03/1126638_0:0:3000:1688_1280x0_80_0_0_ed18079c2e32774e8179861ecd1e6ba9.jpg

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 3. März 2021**

Während der Sitzung der Mitglieder der Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung des Konflikts will der Gegner die Lage destabilisieren.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feueereinstellung **vier Feuerprovokationen** durchgeführt.

Von den Positionen des 1. mechanisierten der 72. mechanisierten Brigade im Gebiet von Werchnetorezkoje aus haben ukrainische Strafruppen fünf Granaten mit automatischen Granatwerfern in Richtung **Pantelejmonowka** abgefeuert.

In der letzten Nacht haben die bewaffneten Formationen der Ukraine einen massiven Mörserbeschuss auf **Leninskoje** durchgeführt. Von den Positionen der Kämpfer eines Bataillons der 36. Brigade im Gebiet von Wodjanoje wurden innerhalb von 30 Minuten insgesamt 100 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert. Dabei waren die Feuerpositionen der Kämpfer am südöstlichen Rand eines Wohngebiets von Wodjanoje stationiert, ein weiteres Mal haben sie sich hinter örtlichen Einwohnern versteckt und sie als „lebenden Schild“ genutzt.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde Beschuss mit acht 82mm-Mörsergeschossen von den Positionen des 15. Bataillons der 58. Brigade der BFU, das in Opytnoje stationiert ist, in Richtung **Wesjoloje** registriert.

Die ukrainische Seite demonstriert ein weiteres Mal ihre Unfähigkeit und ihren Unwillen, einen Kurs der friedlichen Regelung des Konflikts zu verfolgen.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU zu verhindern.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen sieben Stück **Waffen und Militärtechnik** aus dem Bestand der 35., 36., 72. und 53. Brigade der BFU **in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** in den Gebieten von Jurjewka, Nowobachmutowka, Andrejewka und Pischtschewik stationiert sind.

Die ukrainischen Kämpfer behindern weiter die Arbeit der internationalen Beobachter.

So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 58. und 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern, Stationen „Bukowel-AD“ von zwei mobilen Gruppen des 306. Bataillons für elektronische Kriegsführung in Awdejewka und Bogdanowka eingesetzt wurden, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren.

Wie wir bereits mitteilten, propagiert die militärisch-politische Führung der Ukraine in dem Bestreben, das unterstellte Personal der Verbände und Truppenteile in der OOS-Zone mit dem minderwertigen gefährlichen Präparat „CoviShield“ zu impfen, aktiv die angebliche Nachfrage dieses Impfstoffes in der OOS-Zone. Aber in der Praxis ist alles ganz anders. Wie unsere Quellen im 66. militärmedizinischen Hospital in Krasnoarmejsk mitteilen, befinden sich sechs Mitarbeiter des Hospitals, die im Zeitraum vom 25. bis 28. Februar mit dem indischen Präparat geimpft wurden, in ernstem Zustand, einer von ihnen, der Chirurg Petrenko befindet sich in der Intensivstation und ist an ein Beatmungsgerät angeschlossen. Gemäß dem Zeitplan soll vom 1. bis 3. März das Personal der Einheiten der 72.

mechanisierten Brigade der BFU geimpft werden, aber tatsächlich wurden nur 15% der Soldaten geimpft. Der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodol selbst, wie auch der Kommandeur der OOS Krawtschenko verweigerten die Impfung, während sie gleichzeitig von ihren Untergebenen die Erfüllung des Impfplans fordern.

Nach unseren Informationen wurden 7200 gelieferte Impfdosen auf vier militärmedizinische

Hospitäler in Sewerodonezk, Tschassow Jar, Krasnoarmejsk und Mariupol aufgeteilt.
Eine Folge des schlechten moralisch-psychischen Zustands der ukrainischen Kämpfer ist ein weiterer Vorfall im Gebiet von Schirokino.

So wurde auf den Positionen des 501. Bataillons der 36. Marineinfanteriebrigade die Arbeit von Mitarbeitern des militärischen Rechtsordnungsdienstes der Donezker Abteilung bemerkt, die eine Ermittlung im Zusammenhang mit dem Tod von zwei Kämpfern durchführen wollen. Bei der Ermittlung wurde festgestellt, dass im Ergebnis einer Halluzination aufgrund starken Drogeneinflusses der Unterfeldwebel Mosejenko vier Salven aus einer AK-74 auf den Matrosen Pirowko abgab, wodurch letzterer trotz Schutzmitteln an Ort und Stelle starb. Da ihm die Kriminalität seines Handelns und die nicht abwendbaren rechtlichen Folgen klar waren, beging der Unterfeldwebel Moisejenko Selbstmord, indem er sich in den Kopf schoss. In der Kleidung des Selbstmörders wurde eine stark wirkende Droge in Pulverform gefunden.

de.rt.com: Israel will seine Bürger vor Strafverfolgung durch Internationalen Strafgerichtshof schützen

Der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz zeigte sich am Dienstag alarmiert und erklärte, dass Hunderte israelischer Bürger Ermittlungen zu Kriegsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof ausgesetzt sein könnten. Die israelische Regierung arbeitet nun daran, sie vor einer möglichen Strafverfolgung zu schützen.

Israel schätzt, dass gegen Hunderte seiner Bürger möglicherweise vom Internationalen Strafgerichtshof, deren Zuständigkeit es ablehnt, wegen Kriegsverbrechen ermittelt wird. Man arbeite daran, sie vor Strafverfolgung zu schützen, sagte der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz am Dienstag.

Der Verteidigungsminister, der selbst zu den Israelis gehört, denen womöglich die Verhaftung drohen könnte, sagte zu Reuters: "Ich hatte nie Angst, hinter feindliche Linien zu gehen, ich werde weiterhin dort stehen, wo ich muss." Gantz war der Stabschef der israelischen Armee IDF während des Krieges zwischen Israel und der Hamas 2014, der als Operation Protective Edge bekannt ist.

Israel werde allen betroffenen Israelis Rechtshilfe leisten und gegebenenfalls rechtliche Warnungen bezüglich Reisen aussprechen, sagte Gantz. Auf die Frage, ob er selbst seine Reisepläne angesichts der IStGH-Ermittlung ändern könnte, antwortete der Minister: "Bisher nicht."

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag (IStGH) kam im vergangenen Monat zum Schluss, dass der israelisch-palästinensische Konflikt in seine Zuständigkeit fällt. In einer Grundsatzentscheidung urteilten die Richter, die Palästinensische Autonomiebehörde könne die Strafverfolgung möglicher israelischer Kriegsverbrechen in den besetzten Gebieten an das Gericht delegieren. Die Richter in Den Haag machten damit den Weg frei für Ermittlungen wegen mutmalicher Kriegsverbrechen im israelisch-palästinensischen Konflikt.

Israel ist kein Mitglied des Gerichts und lehnt dessen Gerichtsbarkeit ab. Die Palästinenser hatten seinerzeit das Urteil als Chance auf Gerechtigkeit für die Opfer israelischer Angriffe begrüßt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/603ea1adb480cc778d592b05.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Heute tagsüber wurde durch zielgerichtetes Feuer eines Scharfschützen der Behälter eines Transformators vom Typ KTP-1755 zerstört.

Der Transformator funktioniert derzeit im Störungsmodus. Im Fall seiner Abschaltung werden acht Verbraucher keine Stromversorgung haben.

de.rt.com: **Peking stellt klar: Beziehung zwischen Russland und China ist keine Militärallianz**

In den vergangenen Monaten kursierten in diversen Medien Gerüchte über eine mögliche Militärallianz zwischen Russland und China, die sich teils auf eine eigenwillige Interpretation einer Aussage des russischen Präsidenten Wladimir Putin beriefen.

Die militärischen Beziehungen zwischen Russland und China würden als "heller Fleck" strahlen und stellen eine wichtige unterstützende Kraft der strategischen Zusammenarbeit zwischen China und Russland dar, hat das chinesische Ministerium für Nationale Verteidigung am Montag erklärt, wie die parteinahe chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete.

Das Ministerium tätigte diese Einschätzung der russisch-chinesischen militärischen Beziehungen antwortend auf eine Frage bezüglich der jüngsten Behauptung von einigen Akademikern und Analysten, wonach aufgrund der militärischen Bedrohung durch die NATO-Staaten Russland versuchen könne, eine formelle militärische Allianz mit China einzugehen.

Die umfassende strategische Partnerschaft zwischen China und Russland für eine neue Ära sei ein neues Modell der internationalen Beziehungen, die sich durch gegenseitigen Respekt, Gleichheit und Gerechtigkeit sowie eine Zusammenarbeit auszeichnen würden, bei der beide Seiten gewinnen, so das Ministerium.

Ganz anders als die Militärbündnisse zwischen einigen anderen Ländern hielten China und Russland das Prinzip der Nicht-Allianz und Nicht-Konfrontation aufrecht, das sich nicht gegen eine dritte Partei richte, hieß es.

In diesem Jahr werden die beiden Länder den 20. Jahrestag der Unterzeichnung des chinesisch-russischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit feiern. China sei gewillt, eine vertiefte Zusammenarbeit mit Russland in Bereichen wie dem hochrangigen Austausch, der strategischen Koordination, gemeinsamen Übungen und Training sowie Ausrüstung und Technologie zu führen, um eine umfassende militärische Beziehung in der neuen Ära aufzubauen, fügte das chinesische Verteidigungsministerium hinzu.

Im Oktober letzten Jahres hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, dass er eine

Militärallianz mit China nicht ausschließen würde.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/603f892db480cc6c34099db5.jpg>

Lug-info.com: Nach einer Intervention der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa hat die Ukraine die leeren Lastwagen des UNHCR zurück in die Ukraine gelassen.

abends:

de.rt.com: Kreml: Unbegründete Aussagen der USA über angebliche Vergiftung von Nawalny sind empörend

Die unbewiesenen US-Aussagen, Alexei Nawalny sei angeblich von den russischen Sonderdiensten vergiftet worden, sind empörend. Dies gab der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow bekannt. Er forderte die USA auf, Beweise für die Vergiftung zu liefern.

Am Mittwoch hat Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, gegenüber Journalisten erklärt, dass die Vorwürfe der USA wegen der angeblichen Vergiftung von Alexei Nawalny durch russische Geheimdienste empörend seien. Er merkte an, wenn die USA Beweise für die Vergiftung haben, sollten sie diese Beweise vorlegen:

"Als Grund für die Sanktionen wurde der Fall des Berliner Patienten vorgelegt, wobei amerikanische Kollegen behaupten, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Vergiftung war. Das ist empörend! Wenn amerikanische Kollegen irgendwelche Argumente haben, dann sollten sie diese mit uns teilen. Wenn sie zusammen mit ihren EU-Kollegen die Argumente bewusst verbergen, verbergen sie entweder absichtlich den wahren Hintergrund oder bauen Hindernisse für die Offenlegung der Umstände auf."

Peskow teilte mit, Russland halte diese Sanktionen für absurd, ohne Wirkung und Sinn. Er bemerkte, dass die Behörden alles tun werden, damit diese Sanktionen die Interessen von russischen Bürgern nicht betreffen. Peskow sprach auch über Vergeltungsmaßnahmen. Er wies darauf hin, dass die Sanktionen der USA und der EU nicht unbeantwortet bleiben. Auf die Frage zu Washingtons Einstellung jeglicher Hilfe für Russland, außer der humanitären, antwortete Peskow, er könne sich nicht erinnern, wann die Vereinigten Staaten Russland das letzte Mal Hilfe geleistet hätten.

Zusammen mit der EU hatten die USA wegen der Inhaftierung des Kremlkritikers Alexei Nawalny Sanktionen gegen ranghohe russische Staatsfunktionäre verhängt. Die von der USA beschlossenen Strafmaßnahmen treffen den Leiter des Inlandsgeheimdienstes FSB Alexander

Bortnikow, den Generalstaatsanwalt Igor Krasnow und den Chef des Strafvollzugsdienstes Alexander Kalaschnikow sowie andere hochrangige Beamte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/603f7e8848fbef73f5090e9c.jpg>